



Pressestatement

Tag der Industrie 2023
19. Juni 2023, 10:30 Uhr
Verti Music Hall

Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm
Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

herzlich willkommen auch von mir zum Pressegespräch auf dem TDI, dieses Jahr zu einer humaneren Zeit als in den vergangenen Jahren!

Es sind besondere Zeiten, das Themenspektrum erscheint in diesen Wochen kurz vor der Berliner Sommerpause noch größer als üblicherweise – Stichworte: deutsch-chinesische Regierungskonsultationen und entscheidende Beratungen des Regierungs-Entwurfs für den Bundeshaushalt 2024.

Die besonderen Zeiten reflektiert auch unsere TDI-Agenda. Wir richten den Blick auf die Aufgaben, vor denen unser Land, die Unternehmen und die Bundesregierung stehen, wir weiten den Blick zugleich nach außen auf die Geopolitik und freuen uns sehr, erstmals den NATO-Generalsekretär bei uns begrüßen zu dürfen.

Lassen Sie mich mit den hausgemachten Herausforderungen beginnen und die konjunkturelle Lage in diesem Frühsommer beschreiben: Statistisch befindet sich Deutschland in einer Rezession. Der BDI erwartet für das laufende Jahr beim Bruttoinlandsprodukt ernüchternde plusminus Null Prozent gegenüber dem Vorjahr. Weltwirtschaftlich gehen wir von einem BIP-Wachstum in der Größenordnung von 2,7 Prozent aus. Das ist ein ganzer Prozentpunkt weniger als im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre. Aber unabhängig vom letzten Zehntelprozentpunkt: „Null-Wachstum“ bei uns, plus 2,7 Prozent global heißt: Deutschland fällt zurück!

Konjunkturell läuft es aktuell nicht gut, und es gibt eine nicht zu unterschätzende strukturelle Wachstumsbremse: **Arbeitskräftemangel fast überall** – auch jetzt bei schwacher Konjunktur.

Wir brauchen zusätzliche Arbeitskräfte, auch aus dem Ausland. Nicht nur – aber auch deshalb sind **Fremdenfeindlichkeit**, Vorurteile und Stimmungsmache unakzeptabel: Die Industrie steht für **Vielfalt, Toleranz und Integration**, und wir stellen uns allen entgegen, die Vorurteile schüren und unsere Gesellschaft spalten.

Von der Zuversicht vor einem Jahr ist nicht mehr viel zu spüren. Das Investitionsverhalten – DER neue Frühindikator, den wir an Stelle der Arbeitslosenstatistik zukünftig im Blick haben müssen, zeigt klar nach unten. Wir erwarten zwar bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Investitionen in sonstige Anlagen – also zum Beispiel Patente und Lizenzen – einen Anstieg, teilweise auch als Nachholeffekt. Aber durch den starken Rückgang bei den Bauinvestitionen, die einen Anteil von etwas mehr als der Hälfte an den Bruttoanlageinvestitionen haben, landen wir in der Summe bei einem Minus.

Eine spürbare Erholung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwarten wir bestenfalls im Verlauf des kommenden Jahres. Die Wachstumskräfte werden aber auf absehbare Zeit weiter gebremst bleiben:

- durch die Alterung der Bevölkerung,
- die zweifellos notwendigen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung,
- die weltpolitischen Spannungen in Verbindung mit höherem Aufwand für Resilienz und Krisenvorsorge
- und auch durch hohe Vorleistungen in die klimaneutrale und digitale Transformation, die zunächst an vielen Stellen Kosten erhöhen und Mittel binden.

Das Land steht aktuell vor einem Berg wachsender Herausforderungen. Ungeduld und Unsicherheit vieler Unternehmerinnen und Unternehmer nehmen zu. Ein wirtschaftlicher Aufschwung kommt nicht von allein. Also keine Entwarnung für den Industriestandort Deutschland – im Gegenteil. Das heißt: Die Politik muss Strukturreformen systematisch anpacken.

Wer glaubt, die Energiewende könne zur Keimzelle eines neuen Wirtschaftswunders werden, unterschätzt, dass die Investitionen zu einem großen Teil nur einen bestehenden Kapitalstock ersetzen - und das noch dazu mit deutlich höheren Kosten. Zusätzliches wirtschaftliches Wachstum bringt uns das in der Summe definitiv erst einmal nicht.

Immer mehr deutsche Unternehmen, bis weit in den Mittelstand, beschäftigen sich damit, Teile ihrer Wertschöpfung von Deutschland abzuziehen. Kosten – ganz besonders Energiekosten, Geschwindigkeit und Bürokratie sind für sie im globalen Vergleich einfach nicht mehr darstellbar.

- Wir brauchen bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Investitionen am Standort – und zwar jetzt und nicht irgendwann.
- Und wann wird das versprochene Augenmaß bei der Regulierung endlich Realität?
- Auch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist für ein Anziehen der Investitionstätigkeit notwendig - bisher ist das nur bei den LNG-Terminals gelungen.

Doch statt „Deutschland-Geschwindigkeit“ schaffen neue Melde- und Dokumentationspflichten wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – und erst recht dessen im Entwurf vorliegende EU-weite Version – erheblichen neuen Verwaltungsaufwand – übrigens an zwei Stellen, in den Betrieben und in den Behörden. Das überfordert vor allem kleine und mittlere Unternehmen, und der Eindruck verbreitet sich: Der Politik geht es mehr um Wirtschaftsüberwachung als um Handels- und Wirtschaftsförderung.

Zum Thema Energie:

Riesige Herausforderungen sind bei dem Umbau der Energieversorgung zu bewältigen. Vor zwei Jahren hat Olaf Scholz – damals kurz vor der Bundestagswahl – bei uns auf dem TDI von einem Strompreis in Höhe von 4 Cent gesprochen. Und um präzise zu sein: Es darf dabei nicht nur um die Erzeugungskosten von Solar- oder Windstrom am Fuß des Windrads gehen, sondern am Ende zählt der Endabnahmepreis beim Verbraucher. Heute sind wir von solchen Zielpreisen weiterhin meilenweit entfernt. Wir erkennen an, dass die Bundesregierung das Thema mit dem Vorschlag eines Industriestrompreises konkret verfolgt. Aber der BDI erwartet von der Bundesregierung nicht nur eine Brückenlösung, sondern zügig ein konkret umsetzbares Konzept, das dauerhaft eine sichere Versorgung mit Strom zu international wettbewerbsfähigen Kosten gewährleistet – um im Bild zu bleiben: Es geht um das Ufer am anderen Ende der Brücke. Die vielen staatlich induzierten Belastungen wie Steuern, Umlagen und Netzentgelte müssen reduziert werden, um Strom attraktiver zu machen als fossile Energieträger.

Genauso ist es dringend notwendig, die **erforderliche Infrastruktur** aufzubauen und das Stromangebot auszuweiten. Das Delta zwischen Ambition und Umsetzungspraxis wird täglich größer – bei Windturbinen und PV-Anlagen, bei Übertragungs- und Verteilnetzen, bei Speichern und Backup-Kraftwerken.

Beispiel Windkraft: Statt pro Tag **4-5 Windräder** zu installieren, wie es auch in den Augen des Bundeskanzlers ab sofort nötig wäre, war es im ersten Halbjahr dieses Jahres gerade mal ein Windrad pro Tag.

Seite
4 von 5

Beispiel Wasserstoff: Eine umfassende Wasserstoffinfrastruktur muss jetzt aufgebaut werden – ohne geht's nicht, für viele energieintensive industrielle Prozesse und zur Absicherung jederzeitiger Verfügbarkeit von Energie. Doch auch das ist eine bislang unbewältigte Baustelle.

Und wer plant, wer genehmigt, wer baut, wer finanziert, wer betreibt die zusätzlich erforderlichen wasserstofffähigen Gaskraftwerke – wann und wo?

Selbst unter optimistischen Annahmen und im Vertrauen auf den Import aus unseren Nachbarländern müssen mindestens 25 GW zugebaut werden – das sind zwischen 30 und 50 Kraftwerke. Derzeit konkret projiziert ist vielleicht eine Hand voll.

Wie sieht das Marktdesign aus, das Investitionen rentierlich macht, auch wenn solche Kraftwerke als backup nur sporadisch laufen? Solange es auf diese Fragen keine belastbaren Antworten gibt, bleiben die 25 GW ein frommer Wunsch. Mit Luftschlössern können wir die Energiewende nicht schaffen. Und die bittere Wahrheit wäre dann: Wir blieben noch lange auf Kohle angewiesen.

Zur Digitalisierung:

Wir müssen unser Land nicht nur klimaneutral, sondern auch digital transformieren: Bei Industrieautomatisierung und zahlreichen digitalen Branchen Anwendungen ist die deutsche Industrie global führend. Doch die Basistechnologien, die Schlüsselkompetenzen und Forschungs- und Innovationsaktivitäten der digitalen Plattformen werden nahezu ausschließlich von den großen Playern in den USA beherrscht – und von deren neuen Wettbewerbern aus China.

Ganz zu schweigen vom Stand der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung und dem Gesundheitswesen.

Digitale Kompetenzen stärken gelingt nur in einem großen einheitlichen Markt. Denn bekanntlich sind Skaleneffekte in der Digitalisierung das A und O. Deshalb brauchen wir die Vollendung des europäischen Binnenmarktes – nicht als Spielwiese für noch mehr Verordnung und Regulierung, sondern als Befähiger für Wachstum, Wettbewerb und Innovationsdynamik.

Von Deutschland über Europa aus aktuellem Anlass noch nach China und einigen Bemerkungen zu den **deutsch-chinesischen Beziehungen**. Systemwettbewerb und Rivalität zwischen China und den demokratisch-liberalen Staaten rücken immer stärker ins Zentrum der Debatte.

Ja, China ist ein systemischer Rivale. Chinas Ansage, dem – Zitat: „*Konzept der Menschenrechte mehr Vielfalt zu verleihen*“, ist irritierend – um nur ein Beispiel zu nennen. China ist gleichzeitig ökonomischer und technologischer Wettbewerber. Und zwangsläufig ist China auch ein unverzichtbarer Partner zum Beispiel im Kampf gegen den Klimawandel. Wir brauchen den Dialog mit China zum Klimaschutz und auch zu Handels- und Investitionsbeziehungen.

Ein Decoupling von China wäre unrealistisch und schädlich: Dass die G-7 Staaten sich dazu auf ihrem Gipfel in Hiroshima gemeinsam erklärt haben, ist hilfreich und eine klare Ansage.

Zugleich sind die Unternehmen intensiv dabei, ihre Absatz- und Beschaffungsmärkte strategisch zu diversifizieren und neue Partnerschaften aufzubauen.

Seite
5 von 5

Deutschland muss die Komplexität aus Rivalität, Wettbewerb und Partnerschaft in den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen adressieren. Stabilität durch De-Risking und Balance aller drei Dimensionen muss Ziel der deutschen China-Politik sein.

Von der chinesischen Regierung erwarten wir mehr Willen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zum Abbau von regulatorischen und informellen Hürden.

Meine Damen und Herren,
unser Land steht vor einem Berg ungelöster Themen. Es gibt viel mehr Nachholbedarf, Wünsche und Ideen, als Möglichkeiten und Ressourcen, alles gleichzeitig anzupacken. Das heißt: Wir müssen Prioritäten setzen, und dürfen uns nicht überschätzen und nicht übernehmen.

Unternehmen genauso wie Bürgerinnen und Bürger erwarten klare Entscheidungen, die niemanden vor unlösbare Herausforderungen stellen.

Es ist ganz klar: Alles zugleich geht nicht. Die Bundesregierung muss klarstellen:

- was dringend ist und was zurückgestellt werden kann.
- wo es um unumstößliche Prinzipien geht und wo Pragmatismus angemessen ist.

Wir müssen offen sein für Fortschritt, Technologien und Innovation. Und wir dürfen uns nicht selbst Lösungswege verbauen, die uns die Zukunft anbieten könnte.

Vielen Dank.